Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, St. Marien-Lehranstalt. Telegramm-Adresse: Saar-Post. Fernsprecher: 30 und 80. Postkonto 30

18 DESIPAT ATQUE FOVET 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Wöchentlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post frei 1.12 Reichsmark. Einzelnummer 40 Pfennig. Anzeigenpreis: Die 6gespaltene 42 mm-Zeile 0.35 Rmk., Textzeile 1.00 Rmk. Amtliche Anzeigen 30 Pfg.

Nr. 211 Saarlouis, Dienstag, den 11. September 1928. 57. Jahrgang

Nach der Kanzlerrede.

Die Frage der Rheinlandräumung.

London, 10. Sept. Die Times berichtet aus Paris: Die Rede des Reichskanzlers in Genf, verbunden mit den dort stattfindenden Besprechungen der interessierten Mächte über die Rheinlandräumung scheint in Paris den Eindruck erweckt zu haben, daß sich die Ereignisse rasch vorwärts bewegen und daß eine Konferenz erwartet werden kann, die wichtige Beschlüsse zeitigen könnte. Die Berichte, auf die sich diese Ansicht gründen, werden schon heut Zeugen sein, daß unerschütterte Ruhe hier nicht angetroffen. Die amtliche französische Haltung gegenüber der Reichsregierung habe sich nicht geändert. Die Besetzung werde als Gewähr für die Zahlung von Reparationen angesehen und das habe sich in keiner Weise geändert durch die verschiedenen Vorbesprechungen, auf die der Reichskanzler in seiner Rede anspielte, und die noch weiter fortgesetzt werden müssen. Man glaube der Ansicht zu sein, daß es Deutschlands Sache ist, eine andere Norm der Gutmacht vorzuschlagen. Es werde mitgeteilt bis Mitteil vertreten, daß bis in Zukunft jedoch die Politik die beiden Ansichten bleibt. Es sei klar, daß die Franzosen mit der wichtigen Ausnahme gewisser Mitarbeiter wünschen, daß die Räumung an Deutschland verschoben und gern bereit sein möchten, die Zurückziehung der Truppen aus dem Rheinlande zu sehen, wenn ein Ersatz gefunden wird. Das Versprechen bezüglich des Ersatzes ist eine ernste Garantie, daß in allen Kommentaren zum Räumungsproblem die Sicherheitsfrage in den Hintergrund tritt, und daß die Anwendung der Besatzungstruppen im Rheinland und der Stationierung der Gewährleistung der Reparationszahlungen zugeschrieben wird.

Eine Konferenz wahrscheinlich.

London, 10. Sept. Wie der Genfer Korrespondent des Daily Telegraph zu hört auch heutzutage der Times eine geheimere Konferenz der fünf in Betracht kommenden Mächte in Genf über die Rheinlandräumung wahrscheinlich. Diese Konferenz würde den Zweck haben, eine Grundlage zu bestellen, auf der offizielle Verhandlungen nach Schluß der Genfer Versammlung fortsetzen zu können. Von deutscher Seite wurde in Aussicht gestellt, daß der Reichskanzler die Notwendigkeit der Gewährung eines Landgrenzen für eine vorläufige Räumungsfrist erkläre. Die Frage wird angeschnitten, daß es zu ernsten finden könnte, zugleich mit den Erörterungen über die Räumung solche über die deutsche Reparationsfrage anzuschließen. Es werde gesagt, daß es ein Unglück für Deutschland sein würde, wenn die Höhe seiner Verpflichtungen bestimmt und es in die Lage versetzt würde, sich soweit wie möglich von seinen Verpflichtungen zu befreien. In dieser Richtung könnte vielleicht ein Abkommen erzielt werden, aber vorläufig scheine die Gegenseite darauf zu warten, daß die andere einen entgültigen Vorschlag mache.

*

Paris, 10. Sept. Der Berichterstatter der Nationalen Vereinigung Deputierter Delaisier, hat gestern bei einer Parteitagung in Meignon gesprochen. Er bekämpfe sich für die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland für die Räumung der Rheinlande gegen den Deutschland zu gewisse Garantien. Gewährleistung bedeutet eine neue Besatzungsarmee. Auch wundere er sich gegen die Erziehung der militärischen Mitgeschen.

Vor einer bedeutsamen Erklärung Briands?

London, 10. Sept. Morning Post berichtet aus Genf: Es besteht die unbestimmte Ueberzeugung in allen Kreisen, daß Briand demnächst eine bedeutsame Erklärung über die Frage der Rheinlandräumung abgeben werde. Eine Antwort ingend einer Art könne kaum viel länger verschoben werden, da die deutsche Delegation in Genf nicht unzufrieden worden und die deutsche Presse in unmittelbarer Weise die Räumungsfrage im Vordergrunde aller politischen Probleme und internationaler Interessen gerückt habe. Die Wirkung davon ist, daß die Stimmung der Versammlung vorliegenden Problemen in den Schatten gestellt worden sein. In dieser Zeitschrift hätten die Deutschen bereits einen Vorgeschmack erhalten. Es werden Kreise gestellt, daß Briand seit langem zu einer Entscheidung in der Räumungsfrage gelangt sei, und daß er die Gelegenheit sich nicht entgehen lassen werde, um seinen Rat auch zu erhalten und sich als der Stationsmann des angelsächsischen Zeitalters in die vorderste Stelle zu rücken. Man wäre daher an, daß er der Völkerbundsversammlung eine gewisse Ueberraschung bereiten werde.

Rheinlandkonferenz in dieser Woche?

London, 10. Sept. Der Genfer Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, er erfahren, daß eine Konferenz der Vertreter aller für die Räumungsfrage in Betracht kommenden Staaten in dieser Woche stattfinden werde, die, wie man hoffe, eine Lösung finden werde.

Weitere Saarvertreter in Genf.

Genf, 10. Sept. Außer den bereits in Genf weilenden Vertreter der politischen Parteien des Saargebiets sind die Herren Dr. Rohlfscher von der berufsstandischen Volksvertretung und Schmoll von der Wirtschaftspartei hier eingetroffen.

Ein Protest Kelloggs.

London, 10. Sept. Nach Mitteilungen aus Washington hat Kellogg den amerikanischen Gesandten Gibson wissen lassen, vom Pumpter Leviathan, mit dem er nach Kingport fährt, einen deutschen Protest gegen die Verwendung des Platzes als Parteiforum bei der Präsidentenwahl zu übermitteln. Er hat sich bei der Meinung, der von allen politischen Parteien in den Vereinigten Staaten unterstützt worden ist, nicht als Chef der Republikaner und Demokraten verstanden hätte. Kellogg wird Gibson ermächtigen eine Mitteilung auf die Rigidet Hoovers, die „republikanische Friedenskundgebung" in seinem Auftrag für die Präsidentschaft zu übermitteln und Hoover zu bedauern, der hervorgehoben wird, daß der Senat die Ratifikation des Paktes verzögert, wenn er eine Parteifrage wäre.

Amerika und das Flottenabkommen.

Washington, 10. Sept. Wie aus Washington berichtet wird, verlautet in diesigen Regierungskreisen, daß nach der Rückkehr Kellogs's Schritt eine weitere Fühlung mit den Mächten, die Flottenabkommen unterzeichnet haben, in der die durch das englisch-französische Flottenabkommen geschaffene Lage neuerdings erörtert wird. Wie verlautet, wird die Regierung, falls sie zu einer Teilnahme an den Genfer Mitteilungsaufsprechungen mit den übrigen Mächten zur Herbeiführung eines weiten Einverständnisses über die Flottenschlußfragen bereit zu Verhandlungen zu führen.

Polens Friedenspolitik in der Praxis.

Warschau, 10. Sept. Wie verlautet, hat das polnische Kriegsministerium die Gesetzesvorlage ausgearbeitet, daß die Wehrdienstzeit regeln soll. Danach sind alle Staatsbürger im Alter von 16 bis 60 Jahren Wehrpflichtige, sowohl sie nicht zum aktiven Dienst tätig sind. Es sollen auch Rekruten der Hilfsbürgerschaften eingeführt werden. Damit ist die polnische Militärregierung der gegenwärtigen polnischen Politik gemäßen. Es ist noch nicht bekannt, ob die Nation Zustimmung erhalten, daß auch die Frauen zum Hilfsdienst heranzugezogen werden. Verhältnisse in dem Gesetz finden soll.

Polnische Gewaltmaßnahmen gegen eine deutsche Schule.

Bromberg, 10. Sept. Die Schulbehörde hat beschlossen, die deutsche Schule in Friedrichswalde, die nach 45 deutschen Kindern zählt, mit der polnischen Schule in Lapinnen gewaltsam „Abkürzungsmaßnahmen" anzuwenden. Dagegen hatten die Bauern und die polnischen Grundbesitzer-Vereinigungen in Friedrichswalde und ebenso der Schulausschuß in Friedrichswalde, der gleichzeitig aus Deutschen und Polen zusammengesetzt ist, gemeinsam Einspruch erhoben. Auf die schriftliche Eingabe der Bürgerschaft wurde von Kuratorium, es könne das Gesuch Kinder Zurückstellung unterzogen, da den Kurzgeschlossen die Minderheitsschule in Lapinnen und Friedrichswalde oder, wenn der Weg zu weit, die polnische Schule in Lapinnen gehen und der polnische Schulverein Lapinnen bereits mit einer Beschwerde über mangelnden Eifer, Schulverein